

3503/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Langthaler, Freundinnen und Freunde
an die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten & Verbraucherschutz
betreffend Absenkung der Telefonkosten bei den Ministerien durch Telefonliberalisierung
Mit 1. Jänner 1998 ist das Monopol der Post auch im Bereich der Festnetz-Telefonie
gefallen. Einzelne Anbieter bieten schon jetzt oder jedenfalls in wenigen Wochen für
Kunden mit mindestens 15 Amtsleitungen Anschlüsse an und behaupten wesentlich billigere
Tarife als die Post zu haben. Ein Wechsel zu einem anderen Anbieter als der Post könnte,
wenn die Ankündigungen der Postkonkurrenten zutreffen, also zu wesentlichen
Einsparungen bei den Telefonkosten in der öffentlichen Verwaltung führen.
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

- 1) Wieviele Amtsleitungen hat Ihr Ministerium?
- 2) Wenn es mehr als 15 Amtsleitungen hat: Hat Ihr Ministerium nach der Liberalisierung schon Angebote von allen am Markt befindlichen Anbietern (Post, UTA etc.) eingeholt, um einen Preisvergleich zu haben?
- 3) Wenn ja: Würde ein Wechsel zu einem anderen Anbieter als der Post eine Einsparung in Ihrem Ministerium bringen? Wie hoch würde diese voraussichtlich im Monatsschnitt sein? (Bitte in absoluten Zahlen und in Prozent!)
- 4) Wie hoch sind derzeit die Telefonkosten in Ihrem Ministerium im Monatsschnitt?
- 5) Hat Ihr Ministerium betreffend Telefonkosten derzeit Sonderkonditionen bei der Post?
- 6) Wenn ein Wechsel Einsparungen bringen würde: Wird Ihr Ministerium zu einem anderen Anbieter wechseln? Wenn nicht: Warum nicht?
- 7) Wenn Ihr Ministerium noch keine Angebote eingeholt hat: Warum nicht? Kommt das nicht einer potentiellen Verschwendung von Steuergeldern gleich?
- 8) Werden Sie sich dafür einsetzen, daß die gesamte Bundesverwaltung gemeinsam an alle Anbietern herantritt, um eine Pakettlösung zu Sonderkonditionen auszuhandeln?